Für eine objektive Aufarbeitung der DDR-Geschichte:

War die DDR bankrott und total marode? - Fiktion und Wirklichkeit 1989

Karl Mai September 2006

Inhaltsübersicht:

1. Einige Kenndaten der DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren
1.1 Wachstumsraten und Wirtschaftsstruktur
1.2 Investitionsquoten
1.2.1 Brutto-Investitionen nach Umrechnung auf BRD-Statistik (VGR- Abgrenzung)
1.2.2 Brutto-Investitionen nach Umrechnung auf Preisbasis 1995 in Euro
1.2.3 Netto-Investitionen
1.3 Zum Verschleißgrad der Anlagen
1.4 Zur Staatsverschuldung 1989/90
1.4.1 Zur Außenverschuldung der DDR
1.4.2 Zur inneren Verschuldung der DDR
2. Einige historische Besonderheiten der DDR-Geschichte
3. Ein Blick zur BRD vor 1990
4. Fazit zur Endlage der DDR-Wirtschaft

Literaturauswahl

* * *

Der „Bankrott der DDR“ ist fester Bestandteil der in Medien verbreiteten Version des „öffentlichen Bewusstseins“ über das Ende der DDR. Jüngstes Beispiel hierfür bildet die Ausschlachtung des vorgeblichen „Staatsbankrotts der DDR“ in der Neuauflage des Buches von *Uwe Müller* „Supergau Deutsche Einheit“ (Juli 2006), S. 58 ff.

Bis 1988 war in Westdeutschland die von der eigenen Forschung gestützte allgemeine Auffassung verbreitet, dass die Wirtschaftsleistung *je Einwohner* in der DDR *vor* derjenigen von England und Italien rangiere. [1] Eng in Verbindung mit der Korrektur dieser Bewertung seit der Vereinigung steht auch die Legende von der „total maroden DDR“.

Im Ergebnis der „Deindustrialisierung“ durch die Treuhandanstalt (THA) und ihrer nachgelassenen Schulden wurde diese Legende von der „maroden DDR“ tatsächlich im öffentlichen Bewusstsein verfestigt. Sie diente schon immer auch dem Ziel, die DDR nachträglich in den Augen der Ostdeutschen zu delegitimieren und ein ideelles „Trostpflaster“ auf die sozialen Wunden der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu drücken.

Sechzehn Jahre nach der Vereinigung ist das Bild der DDR rückwirkend aus ökonomischer Sicht zu präzisieren. Eine Schwarz-Weiß-Malerei wäre zu relativieren und die Bewertungen sind enger an den nachprüfbaren Fakten zu orientieren. Die nachfolgenden Ausführungen zum „Staatsbankrott“ und zur „total maroden DDR“ stützen sich insgesamt auf eine Reihe von Angaben und Veröffentlichungen bis in die jüngste Zeit, die entweder im Literaturnachweis angeführt oder direkt mit Quellenangabe zitiert sind.

1. Einige Kenndaten der DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren

Wie stand die DDR-Wirtschaft zuletzt nach kritischer und wiederholt überprüfter statistischer Datenlage da? Gab es eine wirtschaftlich anhaltende Stagnation des BIP und bei den Investitionen? Was zeigt sich im Vergleich zur BRD? Dies soll hier nur für einige ausgewählte Problemfelder statistisch beantwortet werden. Die objektive Datenlage ist sodann im Kontext der Nachkriegsentwicklung und des Systemwettbewerbs einzuschätzen.

1.1 Wachstumsraten und Wirtschaftsstruktur

Die langfristigen DDR-Wachstumsraten brauchen den Vergleich mit Westdeutschland nicht zu scheuen, wie neuere Untersuchungsergebnisse zeigen: Zwischen 1970 und 1989 stieg das *BIP je Einwohner* in der DDR auf 188,9 % und in der alten BRD auf 152,0 %. Ähnliches gilt für eine Unterteilung dieser Zeitspanne: Von 1970 bis 1980 wuchs das BIP je Einwohner in der DDR auf 147,9 %, in der alten BRD auf 129,1 %, also auch schon schneller. Und von 1980 bis 1989 stieg das BIP je Einwohner in der DDR auf 127,7 % und in der alten BRD auf 117,7 %, also *im letzten Jahrzehnt* insgesamt ebenfalls schneller. [2]

Dies ist das generelle Ergebnis der enormen Anstrengungen der DDR zur wirtschaftlichen Entwicklung, das mit durchschnittlich 3,3 % zu *höheren jährlichen Wachstumsraten* gegenüber der BRD in diesem ganzen *zwanzigjährigen* Zeitraum führte. [3] Vergleichsweise stieg nach jüngster Mitteilung des Statistischen Bundesamtes „das Bruttoinlandsprodukt für das frühere Bundesgebiet in der Zeit von 1970 bis 1980 um durchschnittlich 2,9 % pro Jahr und im Zeitraum 1980 bis 1991 um durchschnittlich 2,6 % pro Jahr.“ [4]

Dieser statistische Langzeitbefund wird manchen Leser überraschen. Dieser Fakt beim BIP je Einwohner zeigt ab 1970 eine ungebrochen wachsende Leistungskraft der DDR, die das Bild von der „maroden DDR“ deutlich aufhellt.

Für die letzten 5 Jahre DDR-Existenz trat ein Zurückbleiben der jährlichen ostdeutschen BIP-Wachstumsraten durchschnittlich *um 0,3 %* gegenüber der alten BRD ein. [5] Dies findet seine Ursache *auch* im Außenbeitrag der DDR-Wirtschaft, der z. B. 1985 bei +7,7 Mrd. Euro und 1989 bei +5,8 Mrd. Euro lag und damit die inländische Verwendung des BIP für Investitionen herabminderte. [6]

In den einzelnen Wirtschaftszweigen der DDR ergaben sich im letzten Jahrzehnt ihrer Existenz gegenüber 1980 folgende Zuwächse in der Bruttowertschöpfung:

Tabelle 1: Zuwächse in der Bruttowertschöpfung (1980 = 100),

Preisbasis 1995 in Euro

Jahr	Ins-ges.	Land-, Forstwir., Fischer.	Produz. Gewerbe o. Bau	Bauge-werbe	Handel, Gaststt. Verkehr	Finanz., Vermiet., Untern.-Dienstl.	Öffentl. + private Dienstl.
1985	117,1	127,4	118,7	120,0	114,8	104,7	117,3
1989	127,3	109,3	129,2	134,9	129,5	119,3	124,2

Quelle: G. Heske, „Gesamtrechnung Ostdeutschland“ (2005) S. 57; eigene Umrechnung auf Basis 1980 = 100

Das letzte Jahrzehnt der DDR war hiernach durch einen beachtlichen Zuwachs in der Bruttowertschöpfung von Produzierendem Gewerbe (29,2 %) und Baugewerbe (34,9 %) gekennzeichnet. Der Zuwachs betrug für die Wertschöpfung *insgesamt* 1980 bis 1985

17,1 % und 1980 bis 1989 27,3 %. In den letzten 4 Jahren von 1985 bis 1989 war die Bruttowertschöpfung *insgesamt* noch auf 108,7 % (gegenüber 1985) angestiegen.

Das Produzierende Gewerbe (einschl. Bau) erreichte 1989 in der DDR einen hohen Wertschöpfungsanteil von 49,3 %, der seit 1970 nur um 0,6 %-Punkte gesunken war. In der alten BRD wurde dieser Anteil inzwischen mit 37,0 %, um 9,2 %- Punkte niedriger ausgewiesen. [7] Dies drückt eine Zweigstruktur der DDR-Wirtschaft gegenüber der BRD aus, die der unterschiedlichen Integration in die getrennten Marktformen und Marktmechanismen entsprang.

Tabelle 2: Struktur der Bruttowertschöpfung im Vergleich DDR-BRD für 1989

%	Land-, Forstwir. Fischerei	Produzier. Gewerbe ohne Bau	Bauge-werbe	Handel, Gaststt. Verkehr	Finanz., Vermiet., Untern.-Dienstleist.	Öffentl. + private Dienstl.
DDR	2,1	36,3	13,0	13,4	6,7	28,5
BRD	1,2	30,7	6,3	16,7	24,5	20,6

Quelle: G. Heske, „Gesamtrechnung Ostdeutschland“, (2005) S. 54/55

Die großen Unterschiede in den beiden o. a. Dienstleistungsbreichen folgten aus der Sozialstruktur, die für die privaten und öffentlichen Dienstleistungen quantitativ verschiedene Wirkungsfelder und qualitativ andere Aufgaben infolge der abweichenden Eigentumsstruktur und den Systemzielsetzungen einräumte.

Innerhalb des „Produzierenden Gewerbes“ (= 100) lag der Anteil des „Verarbeitenden Gewerbes“ der DDR mit 65,6 % deutlich unter dem BRD-Anteil von 91,2 % bei der Bruttowertschöpfung für 1989. In der DDR wurde ein wesentlich höherer Anteil in den Zweigen von *Energie*- und Wasserversorgung sowie *Bergbau* und Steine und Erden erbracht. „Hintergrund dieser krassen Unterschiede war die Spezifik der Sicherung der Energieversorgung auf Basis der einheimischen Braunkohle in Ostdeutschland.“ [8] Die Energiewirtschaft auf Basis der einheimischen Braunkohle erforderte ständig auch einen relativ hohen Anteil der industriellen Investitionen zum Nachteil der übrigen Wirtschaftszweige.

1.2 Investitionsquoten der DDR

1.2.1 Brutto-Investitionen nach Umrechnung auf BRD-Statistik (VGR-Abgrenzung)

Nach methodologischer Umrechnung der statistischen Primärdaten aus der DDR-Zeit auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) ist *seit 1997* als empirisch nachgewiesen zu betrachten:

Die gesamten Brutto-*Anlagen*investitionen (einschl. Bau) für 1985 in Höhe von 64,6 Mrd. M erreichten im Jahr 1989 93,0 Mrd. M und stiegen damit auf 144 %. Diese aus den Primärdaten abgeleiteten neueren Angaben „umfassen die Ergänzungen des materiellen Investitionsvolumens aus der Investitionsberichterstattung der einzelnen Wirtschaftsbereiche um die Generalreparaturen, den Aufwand für die Modernisierung von Wohnbauten durch die Baubetriebe und die privaten Haushalte, die Investitionen und Werterhaltungsmaßnahmen der öffentlichen Hand für die Verkehrsinfrastruktur.“ [9] (In welchem Umfang hierin die DDR-Anschaffungspreise für Importe gesondert preistreibend wirksam sind, lässt sich nicht abgrenzen.)

Im Vergleich zur BRD, die in diesem Zeitraum (1985 bis 1989) ihre Brutto-Investitionen auf 126,0 % erhöhte, [10] ist dieser DDR-Anstieg auf 144 % - jeweils laufende Preisbasis - eine mindestens ebenbürtige bzw. gleichwertige Leistung, die *nicht bei einem insgesamt krisenhaften Endzustand der DDR-Wirtschaft erreichbar gewesen wäre.*

Hierbei ist der hohe Betrag für 1989 von 9,5 Mrd. M oder 10,2 %-Anteil für die Wohnungsvermietung bemerkenswert, der seit 1985 absolut annähernd gleich hoch blieb. Diese politisch so gewollte, für die DDR notwendige Höhe im „unproduktiven" Wohnungsbereich ging zu Lasten der benachteiligten Zweige und Branchen.

Die Brutto-*Ausrüstungs*investitionen beliefen sich 1989 auf 52,3 Mrd. M gegenüber 30,6 Mrd. M für 1985. Die Bauinvestitionen stiegen in dieser Zeit von 34,0 Mrd. M auf 40,7 Mrd. M.

Diese Ausrüstungsinvestitionen verteilten sich 1985 und 1989 wie folgt auf die Sektoren:

Tabelle 3: Brutto-Ausrüstungsinvestitionen in der DDR-Endzeit [11]

(in Mark der DDR, Basis Anschaffungspreise)	1985	1889	Struktur 1989	Anstieg auf % *
DDR-Brutto-Ausrüstungsinvestitionen	30,6	52,3	100,0	170,9
dar.: Landw., Forstw., Fischerei	1,9	3,6	6,9	189,5
Produz. Gewerbe	21,9	39,4	75,3	179,9
Energiewirtschaft	2,8	4,0	7,6	142,8
Bergbau	2,6	3,9	7,5	150,0
Verarb. Gewerbe	15,8	30,1	57,6	190,5
Baugewerbe	0,7	1,4	2,7	200,0
Handel	0,7	1,1	2,6	157,1
Verkehr	3,6	4,2	8,0	116,7

* Eigene Berechnung

Die Dynamik der Brutto-*Ausrüstungs*-Investitionen war insgesamt im letzten Jahrfünft der DDR mit einem Wachstum auf 170,9 % sehr hoch. Dabei war der Zuwachs der Bauinvestitionen mit 119,6 % deutlich niedriger. Demgegenüber beliefen sich in Westdeutschland die Brutto-Ausrüstungsinvestitionen 1985 auf 153,0 Mrd. DM und 1989 auf 203,5 Mrd. DM, waren also auf 135,7 % (zu laufenden Preisen) gestiegen. Die westdeutschen Bauinvestitionen erreichten vergleichsweise 120,9 %. [12]

Das letzte Jahrfünft der DDR ist also vergleichsweise zur BRD keineswegs durch stagnierende Brutto-Investitionen gekennzeichnet, wie auch die industriellen Zweigangaben der Tabelle 3 zeigen.

Innerhalb der *beiden letzten* DDR-Jahre (1988-1989) gingen aber die jährlichen Zuwachsraten für die Brutto-Investitionen gegenüber dem *Vorjahr* etwas zurück. [13] Hieran waren insbesondere auch die steigenden Effektivitätsverluste im Außenhandel beteiligt.

Der hohe Anteil der DDR-Ausrüstungsinvestitionen für Energiewirtschaft und Bergbau 1989 (insges. 15,1 %) war eine Folge der vollzogenen Umstellungen der Energieerzeugung von Heizöl auf einheimische Rohbraunkohle in den 80er Jahren und der sich geologisch stark verschlechternden Braunkohlenwirtschaft; er ging offenbar zulasten der benachteiligten Sektoren wie z. B. Baugewerbe, Handel und Verkehr.

1.2.2 Brutto-Investitionen nach Umrechnung auf „Preisbasis 1995" in Euro

Seit 2005 verfügen wir über die Ergebnisse der statistischen Umrechnung auf Preisbasis 1995 *in Euro* nach neuesten Forschungsergebnissen auch für den Vergleich der DDR-Zeit zwischen 1980 und 1989. [14] Danach belief sich der Anteil der Brutto-Investitionen am BIP 1980 auf 24,6 %, 1985 auf 21,7 % und 1989 auf 22,7 %. In Westdeutschland erreichten die

Brutto-Investitionen 1980 23,4 % des BIP (zu laufenden Preisen), 1985 19,6 % und 1989 20,7 % des BIP. [15] Die Investitionsquote war im letzten Jahrzehnt der DDR *höher* als in der BRD und zeugt von den Anstrengungen der DDR-Wirtschaft.

Die absolute Höhe der *Brutto*-Investitionen betrug 1970 29,7 Mrd. Euro, 1975 33,7 Mrd. Euro, 1980 40,4 Mrd. Euro, 1985 41,0 Mrd. Euro und 1989 47,1 (!) Mrd. Euro (auf einheitlicher Preisbasis 1995). Diese Daten zeigen ebenfalls einen Anstieg der absoluten Brutto-Investitionen ab 1980 bis auf 116,6 % allein für das letzte DDR-Jahrzehnt. [16]

Bestätigt ist damit die Tendenz der zuvor (Punkt 1.2.1) angeführten Zahlen, die von keiner stagnierenden Investitionslage in den letzten DDR-Jahren zeugten. Es zeigen sich jedoch einige statistische Unterschiede in den angeführten Neurechnungen von 1997 und 2005 zur Höhe der Brutto-Investitionen wie folgt:

Tabelle 4: Statistische Unterschiede zu den Brutto-Investitionen für die DDR

Brutto-Investitionen in DM	1985	1989	Differenz absolut	Wachstum 1989 zu 1985
nach VGR- Neurechnung 1997, Anschaffungspreise *	64,6	92,9	+ 28,3	143,8 %
nach Neurechnung 2005, Preisbasis 1995 **	81,4	92,1	+ 10,7	113,1 %

* „Jahrbuch Wirtschaftsgeschichte“ 1997/2, S. 64

** G. Heske, „Gesamtrechnung Ostdeutschland“ (2005), S. 59, umgerechnet aus Euro

Die o. a. Unterschiede in den Daten sind wahrscheinlich auf die unterschiedlichen Preisbasen zurückzuführen, die dokumentiert wurden. Die abgeleiteten Wachstumsraten sind entsprechend divergierend und daher nur mit Daten auf jeweilig analoger Preisbasis vergleichbar.

1.2.3 Netto-Investitionen nach DDR-Angaben

Ein wichtiges Kriterium bilden auch die Netto-Investitionen, die bekanntlich allein aus dem Volkseinkommen entspringen.

Die Netto-Investitionen der DDR erreichten 1989 43,7 Mrd. Mark der DDR, bei einem "produzierten Volkseinkommen" von 260,4 Mrd. Mark. [17] Ihre Quote (am VE) für die *gesamte* Wirtschaft betrug also zuletzt 16,8 %, darunter ca. 7 % allein für die hohen forcierten staatlichen Wohnungsinvestitionen. Die *westdeutsche* Netto-Investitionsquote am VE war 1989 mit 9,8 % (!) sogar noch bedeutend *niedriger*, [18] was bei den üblichen DDR-„Katastrophen-Szenarien“ (beim Vergleich BRD-DDR) zumeist *stillschweigend* übergangen wird. [19]

Im Verlauf der 80er Jahre war ein Rückgang der Netto-Investitionsquote zu verzeichnen, der auch durch den Entzug von produziertem Volkseinkommen durch die Außenwirtschaft von 1981 bis 1988 in Höhe von 81,0 Mrd. Mark der DDR begründet war. [20] Hierin widerspiegelten sich neben den hohen Zins- und Tilgungszahlungen für die Devisenkredite der DDR (auch aus der Vorperiode) die extremen Relationen der Exportpreise zu den Produktionskosten in DDR-Mark. (Siehe: Punkt 1.4.1)

Im „produzierenden Bereich“ der DDR-Wirtschaft verlief die Netto-Investitionsquote zwischen 1980 und 1989 wechselhaft: sie sank von 12,4 % (1980) auf 8,1 % (1985) und stieg danach zuletzt wieder an auf 10,1 % (1989). [21] Ein Ausgleich erfolgte zur Finanzierung von investiven *Großvorhaben* durch zentralisierte *Amortisationen* zwischen 1981 und 1988 in Höhe von rd. 50 Mrd. M, [22] d. h. also im Rahmen der gesamten Brutto-Investitionen.

Parallel dazu *stiegen* die Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben der DDR von 1980 bis 1989 an und lagen für das Jahr 1989 um 8,6 Mrd. M oder 65 % höher. [23] Zweifellos ging ein Teil dieser „unproduktiven" Ausgabenerhöhung auch zu Lasten der Netto-Investitionen im produktiven Sektor der DDR-Wirtschaft.

1.3 Zum Verschleißgrad der Anlagen

Der Verschleißanteil des gesamten DDR-Kapitalstocks betrug zuletzt ca. 46 %, bei den Ausrüstungen sogar 55 % der buchmäßigen Brutto-Werte. [24] Der Verschleißgrad der Ausrüstungen der DDR überschritt statistisch etwa um 10 Punkte die international üblichen *Referenzwerte,* was einem dementsprechenden Rückstand von Ausrüstungs-Investitionen in Höhe von 67 Mrd. M oder ca. 125 % der letzten Jahresinvestitionen entsprach.

An der Spitze des Verschleißgrades bei Ausrüstungen lagen in der DDR die Bauwirtschaft und das Post-/Fernmeldewesen. Bei den Ausrüstungen lag die Hälfte der Wirtschaftszweige mit bis zu 8 Punkten über dem durchschnittlichen Verschleißanteil.

Speziell bei den Ausrüstungen der Industrie existierten 1989 ca. 20 % (= 133 Mrd. M Brutto-Anschaffungswert) völlig abgeschriebene Anlagen, die seit 1980 um 6-% -Punkte angestiegen waren. Hierin spiegelt sich bis zuletzt noch der nachwirkende gewaltige Fehlbetrag an Investitionen der Jahre nach dem 2. Weltkrieg bis zum Ende der Reparationen. Damals erreichte die DDR im Jahre 1950 nur eine Brutto-Investitionsquote von 15 %, die erst 1961 auf den Stand von 24,3 % gelangen konnte, d.h. es bestand nach dem 2. Weltkrieg eine mehr als 15 jährige Periode der erheblichen ökonomischen Unterreproduktion. [25]

Immerhin waren 47 % der Anlagen nicht älter als 10 Jahre (in der BRD 70 %), und 27 % der Anlagen waren bis zu 5 Jahre alt (in der BRD 35 %). Diese DDR-Altersstruktur der Anlagen lag also im innerdeutschen Vergleich zurück, war aber mit 27 % in der Altersgruppe *bis 5 Jahre* beachtlich angesichts des hohen RGW-Exportanteils des DDR-Maschinenbaus, bei dem der dringende Eigenbedarf zumeist zwangsweise zurückgesetzt wurde.

1.4 Zur Staatsverschuldung 1989/90

Die Staatsverschuldung der DDR zum Ende 1990 wird nach Angaben der Deutschen Bank (1992) mit 86,3 Mrd. DM benannt, darunter 38 Mrd. DM Schulden für die Kreditfinanzierung des Wohnungsbaus der DDR (aus Sparguthaben der Bevölkerung), 28 Mrd. DM Schulden des Staatshaushalts zu Lasten des Kreditsystems und 20,3 Mrd. DM Netto-Auslandsschulden im Westhandel. [26]

Bezogen auf das BIP von 313 Mrd. DM für das letzte Jahr der SED-Herrschaft (1989) war die Staatsverschuldungsquote 27,6 % hoch. Demgegenüber betrug die BRD-Staatsverschuldung 1990 929 Mrd. DM oder 41,8 % des BIP. [27]

Damit lag die Staatsverschuldung der DDR-Bevölkerung Ende 1990 pro Kopf bei 5.384,- DM (bei einer mittleren Wohnbevölkerung von 16.028 Mio. Personen). Die westdeutsche Bevölkerung brachte demgegenüber je Einwohner ca. 15.000,- DM öffentliche Schulden ins Vereinigungsjahr 1990 mit. Die tatsächlichen öffentlichen Schulden 1990 *je Einwohner* der DDR betrugen danach 35,9 % derjenigen der westdeutschen Bürger. Wo sollte also eher ein „Staatsbankrott" thematisiert bzw. untersucht werden?

Die Bundesregierung rechnet zu den DDR-Schulden *zusätzlich* die 104,0 Mrd. DM „Altkreditschulden" der THA-Betriebe, 38 Mrd. DM durch Sparguthaben der Bevölkerung gedeckte Wohnungsbaukredite und 26,4 Mrd. DM „Restausgleichsposten" aus der

Währungsumstellung. Dies sind aber umstrittene finanztechnische Zurechnungen bzw. Zwangsposten aus der Nach-DDR-Ära. Während z. B. die großzügige Währungsumstellung Mitte 1990 den DDR-Bürgern einen Umtausch in begrenzter Höhe von 1: 1 brachte, gelangte gleichzeitig ein Betrag von 26,4 Mrd. DM als zusätzlicher Ausgleichsposten in die Staatsverschuldung (der DDR) – als Kehrseite der „Großzügigkeit". Die hohen „Altkreditschulden" der DDR-Betriebe bildeten z. T. eine Folge der angeordneten Kreditfinanzierung für Investitionen, aber ebenfalls die Kehrseite der Bewertung für West-Importe zu Preisen von 1: 4 in der inneren DDR-Verrechnung für die Importabnehmer. Dafür wurden die jungen, noch labilen Treuhandunternehmen nach der Währungsunion für diese Importe *nachträglich* noch *zusätzlich* in ihrer Finanzlast „bestraft" und hohen Zinslasten zugunsten westdeutscher Banken ausgeliefert.

1.4.1 Zur Außenverschuldung der DDR

Forschungsergebnisse (1996) ergaben, dass sich die DDR-Außenverschuldung gegenüber dem Westen wie folgt entwickelte:

Tabelle 5: West-Außenverschuldung der DDR 1981 bis 1989 [28]

(in Mrd. DM)	1981	1985	1987	1989
Bruttoverschuldung im Ausland	27,8	34,7	29,0	32,3
Guthaben i. Ausland (Forderungen)	5,0	19,1	16,1	17,9
Netto-Verschuldung im Ausland	**22,8**	**15,6**	**12,9**	**14,4**
Kum. Passiv-Saldo Innerdeutschen Handel (IDH)	3,7	3,5	4,3	4,0
Ges. Zahlungsdefizit im Westen	**26,5**	**19,1**	**17,2**	**18,4**

Die Angaben ohne IDH zeigen, dass 1981 die Quote der Netto- an der Bruttoauslandsverschuldung mit 82,0 % weitaus höher lag als 1989 mit 44,6 %. Der Verschuldungsgipfel gegenüber dem westlichen Ausland (ohne IDH) war also 1989 lange überschritten. *Die Nettoauslandsverschuldung war außerdem 1989 niedriger als 1985*.

Zu Ende 1989 belief sich das Netto-Zahlungsdefizit auf 209 % der Jahresausfuhr in die westlichen Industrieländer (ohne IDH). 1981 hatte diese Relation 407 % betragen, war also vergleichsweise weitaus ungünstiger. In absoluter Höhe war 1989 das gesamte West-Zahlungsdefizit auch niedriger als 1985. „Tatsächlich war die Zahlungsbilanzsituation der DDR Ende 1989 weniger dramatisch als es aus den Selbstzeugnissen Schürers und Schalcks hervorgeht." [29] *Diese begründete Feststellung widerlegt die „Enthüllungsstory" über den „Staatsbankrott" bzw. die akute Zahlungsbilanzkrise der DDR zu Ende 1989.*

Nach Angaben der Commerzbank von 1990 verfügte die DDR für 1989 formal über beachtliche Devisenreserven, die im Verhältnis zum jährlichen Importbedarf relativ noch 3fach höher waren als im RGW-Durchschnitt vorhanden. [30] Die Bundesregierung übernahm 7,6 Mrd. DM Devisen-Guthaben auf den verfügbaren DDR-Auslandskonten. Bis zuletzt blieb die DDR pünktlicher Schuldendienst-Zahler im Verkehr mit ihren westlichen Gläubigerbanken.

Die DDR war selbst für ca. 9,5 Mrd. US-Dollar Kreditgeber an „befreundete" ausländische Staaten, so dass die Bundesregierung diese Forderungen Ende 1990 übernehmen konnte. Allein gegenüber 11 Entwicklungsländern bestanden Ende 1990 DDR-Forderungen in Höhe von 6,75 Mrd. DM.

Eine dramatische Verschlechterung der Exportergebnisse in Valutamark wurde allein dadurch unvermeidlich, dass sich in den achtziger Jahren der Aufwands-Erlösfaktor von Mark zu Valutamark von 2,4:1 bis auf 4,4:1 verschlechterte. Dadurch wuchs das „im Inland verwendete Volkseinkommen" der DDR in den Jahren 1981 bis 1989 nur um 22,9 %, während sich das „Produzierte Volkseinkommen" um 41,3 % erhöhte. Die Differenz war rechnerisch über die niedrigen Exporterlöse faktisch in das Ausland bzw. in die BRD „verpufft".

Allein für das eine Jahr 1989 wird der dadurch bedingte Verlust aus eigenem „Produziertem Volkseinkommen" auf 39 Mrd. M (auf Preisbasis 1985) oder 17 % beziffert, [31] ein realer ökonomischer „Blutverlust" der DDR, der nicht dauerhaft tragbar war. Die DDR-Statistik „wertete" die West-*Importe* zu Binnenpreisen im umgekehrten Verhältnis 1: 4,4 auf: dies erhöhte später dann u. a. die berüchtigten „Altkreditschulden" der DDR-Industrie nach der Währungsunion.

Die Devisen-Zinslast betrug zuletzt, bezogen auf die Brutto-Auslandsverschuldung insgesamt, etwa 2,5 Mrd. DM (bei 8 % Zinssatz). Daher stieß die Höhe des Schuldendienstes (Zinsen plus Tilgungen) hart an die Grenzen des erschwerten Exports in die Devisengläubiger-Länder. Gleichzeitig reduzierten auch die hohen Rückzahlungsverpflichtungen (mit Zinsen) den im Inland noch verfügbaren Zuwachs an Volkseinkommen pro Jahr spürbar, mit analogen Wirkungen auf die jährlichen inländischen Endverwendungen.

Zunehmende Schwierigkeiten für die Stabilisierung der DDR-Westverschuldung wurden bereits 1987 in einem internen Papier von *Schalck-Golodkowski* (an Günter Mittag) avisiert, worin er einen jährlichen Exportüberschuss ab 1991 von mindestens 5 Mrd. VM als notwendig erkannte, der jedoch nur bei Einsatz von 20 Mrd. M (1 : 4) an laufendem Volkseinkommen erreichbar wäre. [32] *Dies bestätigt eindeutig: die immer ungünstigere Preisrelation von Inland- zu Exportpreisen (zuletzt 4 zu 1) wirkte als Hauptfaktor der latent kritischen und zunehmenden West-Exporterlöse und damit der Devisenlage der DDR.* Hier erwies sich die laufende West-Kreditgewährung an die DDR in der Vorperiode als *bequemes* Mittel zur Strangulation der DDR über die westlicherseits realisierte Exportpreisbildung.

Doch die DDR-Liquiditätsreserven lagen zu Ende 1989 nominell „immerhin noch bei 29 Mrd. VM und deckten 59,3 % der Verschuldung ab. Das Verhältnis der Auslandsaktiva zu den Importen belief sich auf 158 %, das heißt sie entsprachen den Einfuhren von 1 ½ Jahren", befand eine *Studie* der Deutschen Bank aus dem Jahre 1999. [33] Der Verschuldungssaldo im Westhandel wurde dort für Ende 1989 mit -19,9 Mrd. VM amtlich beziffert.

Nach Angaben von *H. Modrow* wurde mit der Auflösung des KoKo-Bereiches im Jahre 1990 von ausländischen Geheimkonten die Summe von 4,0 Mrd. DM auf Staatskonten als Guthaben transferiert, so dass sich nach Modrows Aussage die Devisen-Auslandsverschuldung 1990 von 21 auf 17 Mrd. DM netto verringerte. [34]

Die anfängliche Dramatik der DDR-Auslandsverschuldung im „Schürer-Geheimpapier" vom Oktober 1989 – die auch *Uwe Müller* dramatisiert - ergab sich aus einer politisch motivierten „Vereinfachung": man hatte dort faktisch als „Auslandsverschuldung" die Brutto-Verschuldung in Höhe von 49 Mrd. VM angegeben und die Netto-Verschuldung von 19,9 Mrd. VM ausgeklammert, und *Egon Krenz* war mit dieser höheren Angabe sogar nach Moskau zu Gorbatschow wegen Hilfeleistung gereist. „Die Auslandsverschuldung der DDR war also mit 20,3 Milliarden DM um mehr als die Hälfte niedriger, als wir es im Oktober 1989 mit den 49 Milliarden Valutamark … ausweisen mussten", korrigierte *Gerhard Schürer* später selbst sein irritierendes bzw. desinformierendes „Geheimpapier". [35] Dieses Eingeständnis Schürers findet aber in den westdeutschen Medien wenig Beachtung, weil es ein beliebtes Argument gegen die DDR entkräftet.

Hierzu liegt mit der Angabe für 1989 von 19,9 Mrd. Netto-Schulden der DDR auch die spätere amtliche Richtigstellung der Deutschen Bank [36] vor, die weitgehend die vorherige Panikmache des „Geheimpapiers“ entkräftet – von *Uwe Müller* immer noch unbeachtet, weil dies nicht in sein Konzept für das DDR-Bild passt. [37] Müller rekurriert lieber auf einen „bis zuletzt vertuschten Staatsbankrott“ (S. 59), den er als Fakt betrachtete und emphatisch kommentiert. „Die Wende 1989 ist deshalb auch nicht durch eine akute Zahlungsunfähigkeit ausgelöst oder begleitet worden“, stellte dagegen *Armin Volze* klar. [38]

André Steiner lieferte ein ausgewogenes Urteil, wenn er schreibt: „Dabei belief sich die politisch relevante Verschuldung in konvertiblen Devisen auf 15, Mrd. Valutamark und damit auf 8,5 Mrd. Dollar... Diese Größenordnung scheint, quantitativ betrachtet, durchaus beherrschbar gewesen zu sein. Insofern war die DDR im engeren Sinne tatsächlich (noch) nicht pleite.“ [39] Die Chance, die Devisenlage generell zu verbessern, hing allerdings von der Ungewissheit der künftigen politischen Stabilität der SED-Herrschaft ab, noch selbst zu einer drastischen Korrektur ihrer Wirtschaftspolitik zu gelangen.

1.4.2 Zur inneren Verschuldung der DDR

Die DDR-Betriebe waren mit brutto 260,4 Mrd. M bei der Staatsbank verschuldet, hatten jedoch Sichteinlagen von 60,6 Mrd. M. Die saldierten „Schulden” resultierte einerseits aus Zwangskrediten für die normalen Investitionen, weil die Gewinne und Amortisationen der Betriebe zuvor überwiegend durch den Staat zentralisiert wurden. Andrerseits erfolgte eine stark überhöhte „Kredit” -Anrechnung für die West-Importe an die Betriebe. Die hieraus insgesamt resultierenden vorgeblichen „Altschulden“ der THA-Betriebe sind im Kern ein fiktiver Schuldtitel: das DDR-Staatseigentum kann sich nicht an seinen Eigentumsträger, also an den Staat, in *realer* Weise selbst verschulden.

Staatliche Wohnungsbaudarlehen beliefen sich 1990 auf 108,5 Mrd. M. Es gab 38 Mrd. DM durch Sparguthaben der Bevölkerung gedeckte Wohnungsbaukredite. Der aufgestaute „Kaufkraftüberhang” (im Vergleich zum Angebot an Konsumgütern) in der Bevölkerung wurde auf ca. 30 Mrd. M (ohne Sparguthaben) geschätzt. [40]

Von den erwähnten 86,3 Mrd. DM Gesamtschulden bleiben nach Abzug der echten *Netto*-Schulden im Ausland von 19,9 Mrd. DM lediglich 66,4 Mrd. DM „innere Staatsschulden“ der DDR. Die *inneren* Schulden betrugen 4.143 DM je DDR-Einwohner. Diese relativ geringe Dimension schloss einen DDR-„Staatsbankrott“ 1989 logisch einsehbar aus, worüber auch *Uwe Müller* nicht stolpern sollte in Anbetracht der gegenwärtigen weitaus höheren bzw. enormen inneren Schulden der ganzen Bundesrepublik.

2. Einige historische Besonderheiten der DDR-Geschichte

Die vorstehenden Daten zum Wirtschaftswachstum und zur Verschuldung der DDR sind erst im Kontext mit der DDR-Geschichte sachgerecht einschätzbar, wobei auch die Periode vor dem Mauerbau 1961 nüchtern zu bewerten ist.

2.1 Spezielle Ursachen/Faktoren der Ausgangslage

Unmittelbar nach dem Kriegsende wurde die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) einem harten Zwangsregime unterworfen, das mit einem gewaltigen Abzug von ökonomischen Ressourcen zunächst als Beute, danach als Demontagen und sodann als laufende Produktionsentnahmen für Reparationsforderungen verbunden war.

Die Kontributionen umfassten *allein 1945* den Abtransport 21.834 Waggons mit Industriegütern und Anlagen, 73.493 Waggons mit Baustoffen und Einrichtungsgegenständen

aus Privatwohnungen sowie 241.788 Waggons mit erbeuteten Lebensmitteln. Außerdem wurden 1945 447.741 Tonnen Schwarz-, Bunt- und Edelmetalle verladen. [41] Aus der Sicht der verwüsteten sowjetischen Westgebiete war dies zwar verständlich, blieb aber ebenso ein nachwirkender Akt gegen die wirtschaftlichen Potenziale der Bevölkerung der SBZ, die auch weiterhin die Hauptlast der materiellen Entschädigungen an die Sowjetunion in der Nachkriegszeit tragen sollte.

Vom Rest des noch unzerstörten Nationalreichtums der SBZ zu Kriegsende von mehr als 94 Mrd. Reichsmark (RM) wurde ein sehr bedeutender Teil (insbesondere moderner Ausrüstungen) durch die Demontagen als Reparationsleistungen an die Sowjetunion (bis 1953) abgezogen. Das Besatzungsregime hatte mindestens 30 % der industriellen Kapazitäten von 1944 in der SBZ zerstört, vorwiegend durch Demontage der Anlagen und Sprengung der Bauten der früheren Rüstungsindustrie. So z.B. verfügte die SBZ 1946 nur noch über äußerst geringe installierte Kraftwerksleistung. Militärische Forschungsbasen, Patente und Spezialisten wurden 1945 von amerikanischen *und* sowjetischen Sonderkommandos in ihren Zonen requiriert.

Der Umfang aller dieser Verluste in der SBZ in Form der Demontage von vorwiegend industriellen und verkehrstechnischen Ausrüstungen, Kriegsvorräten an Rohstoffen und Lebensmitteln, laufenden Produktionsentnahmen und sonstigen Requirierungen wurde von der westdeutschen Forschung *insgesamt auf 54 Mrd. RM (Preisbasis 1944) bzw. 14 Mrd. US-Dollar (Preisbasis 1938) geschätzt.* [42] Dieser Umfang übertraf noch die Gesamtsumme der nach dem Krieg aus den USA geleisteten Marshall-Plan-Hilfe nach dem westlichen Europa insgesamt und war ca. 12fach höher als der für die drei Westzonen bestimmte Anteil hiervon.

Der Verwendungsanteil für laufende Reparationen aus ostdeutschem Sozialprodukt war 1945-1953 zweieinhalb Mal höher als derjenige in Westdeutschland. Bis zu 8 Jahre nach Kriegsende wurde infolge dieser Reparationen die Erneuerung bzw. Wiederherstellung der vorherigen modernen Produktionsbasis verhindert, d.h. es musste nach der Ausschlachtung überwiegend bzw. weit verbreitet von der verminderten Substanz gezehrt werden. Industrielle Arbeitsteilung und Kooperation wurden enorm gestört und verzögert. Zusätzlich wirkten sich die materiellen Disproportionen mit voller Härte aus, die sich aus dem Zonengrenzregime und der damit verbundenen Zertrennung alter, überkommener West-/Ost-Lieferbeziehungen ergaben.

1950, noch vor Ende der Reparationen, lag die DDR um ca. 30 bis 50 % im **Niveau** der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität gegenüber der BRD zurück. [43] Die nachfolgenden Jahre haben diese Relation offiziell dann nicht wesentlich zugunsten der DDR verbessern können: 1989 erreichte die DDR erst 56 % des Standes der BRD.[44]

Zwischen 1946 und 1953 betrugen die Reparationen (aus laufenden Produktionsentnahmen) ca. 22 % des Bruttosozialprodukts, die den im Inland zu verbrauchenden Anteil des erzeugten Volkseinkommens stark minderten. Die Brutto-Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen lagen 1950 bei 15,0 % des Volkseinkommens, in der Industrie bei 6,5 %. [45] Die möglichen Netto-Investitionen betrugen 1950 nur 5,8 % des im Inland verwendeten Volkseinkommens.

Es zeugt von oberflächlicher Bewertung der Folgen der Demontagen, wenn das restliche bestehende Produktionspotential in der SBZ *je Einwohner* lediglich *quantitativ* betrachtet und mit dem westdeutschen Potential je Einwohner verglichen wird – entscheidend sind die *qualitativen* Auswirkungen der Demontagen auf die innere Struktur des Kerns des Produktionspotentials der SBZ, die infolge des Verlustes der moderneren Anlagen und wichtiger produktiver Einrichtungen hinzunehmen waren und einen desolaten und disproportionalen Produktionsapparat hinterließen . [46] Dies belastete die spätere Entwicklung der DDR erheblich, wenngleich sie diese auch nicht *vollständig* determinierte. [47] *Jörg Roesler* stellte daher korrekter Weise fest: „Es ist demzufolge sehr wahrscheinlich, dass der größte

Teil der Produktivitätsverluste in der späteren DDR in beträchtlichem Maße auch auf die Demontage der modernsten Ausrüstungen und auf – durch die Demontage verursachte – branchenstrukturelle Fehlentwicklungen zurückzuführen ist..“ [48]

Die Abtrennung des DDR-Territoriums aus dem früheren Wirtschaftsverbund des Deutschen Reiches führte zu harten Anforderungen an eine DDR-Strukturpolitik zwecks Überwindung der entstandenen Lücken im Produktionsapparat. In den ersten DDR-Jahren waren (zusätzlich zu den Reparationen sowie zeitlich anschließend) noch spürbare Verluste infolge der offenen innerdeutschen Grenze zu tragen, die sich auf Materialressourcen und Humanpotentiale erstreckten. Der Bevölkerungsrückgang zwischen 1949 und 1960 betrug ca. 10 %.

Die Zeit der offenen Grenze bis Mitte 1961 war von spezifisch innerdeutschen Ost-West-Verlusten geprägt: Diese hohen direkten und indirekten Verluste an Wirtschaftsressourcen und -potentialen führten zu einem kumulierten Aderlass der DDR zugunsten der BRD, der über ein Jahrzehnt (1950-1961) hinweg die reale Akkumulation der DDR-Wirtschaft reduzierte. [49] Es ist folglich nicht übertrieben festzustellen, dass rückblickend die DDR ihre ausreichenden internen Investitionsquellen und ein leistungsfähigeres Profil erst einige Jahre *nach* dem Mauerbau 1961 gewann.

Daneben gab es weitere gewichtige Faktoren, die den volkswirtschaftlichen Wachstumsprozess der DDR schwer belasteten:

- Die aus der geographischen Teilung hervorgehende einseitige und nachteilige Rohstoff- und Brennstoffbasierung, die u. a. außerordentliche bzw. wachsende Erschließungs- und Nutzungsaufwände (Braunkohlenbergbau, Metallurgie, Energie) erforderte;
- die seit 1945 erfolgte Abtrennung von den herkömmlichen Versorgungsbeziehungen mit Halbzeugen, Vorprodukten und Zulieferungen (Westdeutschland bzw. Schlesien);
- die permanenten enormen Transportkosten für die gewaltigen Güterströme im Warenaustausch zwischen DDR und UdSSR über die riesigen Entfernungen und durch Polen, die u. a. zu einem hohen permanenten Leistungsausgleich gegenüber Polen führten;
- das West-Embargo für Hochtechnologie, das die Vorteile der internationalen Zusammenarbeit nachhaltig einengte und eine externe Abdrosselung der Wettbewerbsfähigkeit der DDR aus politischen Ursachen (Kalter Krieg) bewirkte, jene gewollte Schwächung auf Exportmärkten also, die jetzt in Umkehrung von Ursache und Wirkung der SED-Herrschaft vorgeworfen wird;
- der Ressourcentransfer der DDR in andere „befreundete“ Länder über den gelenkten Außenhandel, der politisch auferlegt war und zu einer permanenten Abschwächung der Importhöhe bzw. zu hohen „verlorenen“ Krediten an einige der Schuldner-Staaten führte;
- die Verschuldungspolitik gegenüber westlichen Devisen-Kreditgebern etwa ab 1972, die infolge hoher Zinslasten rasch zur kreditären Refinanzierungsspirale führte und als indirekter Druck zur *Absenkung der Devisen-Erlöse* für DDR-Exporte zusätzlich beitrug, sich also letztlich als chronischer Verlust vom produzierten Volkseinkommen auswirkte.

Geologische Faktoren spielten eine immense Rolle: So z.B. war die erzwungene DDR-Braunkohlennutzung in ihrer extremen Einseitigkeit und umweltfeindlichen Technologie ein folgenschwerer Schwachpunkt der Ökonomie, die stark überhöhte Investitionen (für die Erschließung und den Abbau) sowie enorme Transportleistungen erforderte und die Umwelt gefährlich belastete. Der Uran- und Kupfererzbergbau wurde aus strategischen Gründen praktisch um jeden Preis betrieben.

Die erste Erdölkrise (1971) hatte erhebliche langfristige Wirkungen auf die Preisstellung der sowjetischen Öllieferungen an die DDR. Zunächst erhielt die DDR noch Rohöl zu

niedrigeren Preisen als auf dem Weltmarkt üblich wurden. In den späteren Folgejahren wurden die im RGW abgestimmten Exportgegenleistungen in die Sowjetunion ausgleichend erhöht. „Von 260 Mrd. Mark Valutagegenwert Importe im Zeitraum von 1975 bis 1985 waren allein 154 Mrd./VGM Preissteigerungen für Erdöl und Erdgas. Die DDR musste diese Aufwendungen mit Lieferungen im Rahmen ihrer traditionellen Exportstruktur bezahlen.“ [50] „Die Importaufwendungen für das Gros des importierten Rohöls von jährlich 17 Millionen Tonnen aus der UdSSR lagen dagegen rechnerisch doppelt so hoch wie der“ (zuletzt erreichte) „Durchschnittsweltmarktpreis, sie brauchten allerdings nicht in Hartdevisen beglichen zu werden“, wurde bereits 1989 offiziell in Westdeutschland bemerkt. [51]

Außerdem kam es zu einer deutlichen Reduzierung der Rohöllieferungen an die DDR, die eine erzwungene Umstellung von Heizöl auf Braunkohle nebst entsprechenden hohen energetischen Umrüstungsinvestitionen in Höhe von 12 Mrd. M nach sich zogen. [52]

In der Folge der Einbeziehung der DDR in den Warschauer Pakt musste aus politischen Gründen die Höhe der Militärausgaben angehoben werden: Die riesigen Waffen- und Munitionsberge der NVA, die nach der Vereinigung die Bundesregierung verschenkte, verkaufte oder verschrottete, waren zuvor von der DDR-Wirtschaft buchstäblich zu Lasten ihrer produktiven Investitionen abgedarbt worden. Bisher hat keine „DM-Eröffnungsbilanz“ den Wert dieser Waffen- und Munitionsberge je in Ansatz gebracht, der aber über 100 Mrd. Mark Anschaffungspreis abzuschätzen war. Dies bedingte z. T. auch den übergroßen Rückstand in der Höhe der ökologischen Investitionen bzw. der nach 1990 anfallenden ökologischen Sanierungslasten der DDR.

2.2 Grundsätzliche Unterschiede zur Marktwirtschaft

Es ist nicht zu leugnen, dass die DDR-Wirtschaft 1989 sich in einem noch verschlechternden Zustand befand, der durch langjährige erhebliche Rückstände an Produktivität, Effizienz und ökologischer Qualität entstand. *Einerseits* war dies durch den rapiden Rückgang der West-Exporterlöse im Verhältnis zu den Produktionskosten und *andererseits* durch die ab 1975 vertragsmäßigen Erhöhungen für Rohölpreise aus der SU bedingt. Die DDR konnte sich beiden gleichzeitigen Einwirkungen nicht entziehen, die sich summierten.

Auch die Ausstattung mit Anlagen in manchen Zweigen im Wirtschaftsbereich sowie mit Bauten auf kommunaler und regionaler Ebene war vergleichsweise zur BRD viel stärker veraltet, mangelhaft oder z. T. stark vernachlässigt.

Hier muss daran erinnert werden, dass die DDR-Planwirtschaft sich niemals an rein marktwirtschaftlichen Kriterien messen lassen wollte, da sie typischen zentralistischen und bürokratischen Lenkungsformen verhaftet war und staatssozialistischen Wirtschaftszielen diente. Ihre Struktur war eng, fest und langfristig mit dem RGW-Stoffkreislauf verzahnt, daher nicht in den westlichen Weltmarkt arbeitsteilig integriert und folglich von nur vergleichsweise mäßiger Änderungsdynamik bzw. -flexibilität.

Aber dieser Zustand war nicht nur durch implizite Mängel des DDR-Planungssystems und durch die Regelungen im RGW bedingt. Andere Faktoren kamen hinzu, so z. B. die außerordentlichen Lasten der unproduktiven Konsumtion des Verteidigungshaushalts und des inneren Sicherheitssystems. Die Gesamtausgaben im Militär- und Sicherheitsbereich lagen 1988 offiziell bei 21,7 Mrd. M [53] und erreichten damit 8 % des „produzierten Volkseinkommens“.

Dies findet seine politische Ursache im Kalten Krieg und im auszehrenden Wettrüsten. Immerhin wurde durch die NATO das wirtschaftsstrategische Ziel verfolgt, die Ressourcen der RGW-Staaten in unproduktive Konsumtion des Militärwesens fehlzuleiten und den

Lebensstandard der RGW-Staaten zu drücken, da sie sich pro Kopf (im Vergleich zur volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) relativ höher mit den Verteidigungsausgaben belasteten. Die Politik dominierte hier auch wesentlich die DDR-Ökonomie. Der Abzug von materiellen Ressourcen aus dem wirtschaftlichen Kreislauf für den Militärverbrauch wirkte sich hierbei relativ stärker aus: Die niedrigere Produktivität der DDR-Wirtschaft im Verhältnis zur westdeutschen Marktwirtschaft hatte - infolge der pro Kopf vergleichbar hohen Verteidigungslasten - schon in den 60er Jahren eine relative chronische Schwächung der volkswirtschaftlichen Effektivität zur Folge.

Nicht zuletzt fiel zunehmend ins Gewicht, dass die Exporterlösquote in Devisen sich verschlechterte. Diese Verschlechterung drückte die realsozialistischen Exporterlöse *unter eine tragbare Relation* und erwiesen sich damit als ein Hammer im ökonomischen Wettbewerb der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme zugunsten des Kapitalismus. Das im Inland verwendete Volkseinkommen fiel im Vergleich mit dem produzierten weiter zurück.

3. Ein Blick zur BRD vor 1990

Faktenwidrig wäre es, die BRD 1989 als das „Wunderland der Ökonomie“ zu glorifizieren, das keine ernsten wirtschaftlichen Schwachpunkte und Strukturprobleme in die Vereinigung einbrachte:

Die BRD war, wie bereits durch Daten belegt, vor der Vereinigung *keineswegs* ohne konjunkturell abnehmende Wachstumsraten, nicht ohne bedeutende Vorgriffe auf künftige Wirtschaftserträge bzw. künftiges Einkommen in Form von öffentlichen Schulden. Dazu kamen zunehmende chronische Arbeitslosigkeit und ebenfalls beachtliche laufende Umweltschäden.

Zur Erinnerung: Es stieg das Bruttoinlandsprodukt für das frühere Bundesgebiet in der Zeit von 1970 bis 1980 um durchschnittlich 2,9 % pro Jahr und im Zeitraum 1980 bis 1991 nur noch um durchschnittlich 2,6 % pro Jahr. [54] Die Arbeitslosenrate lag seit Mitte der 80er Jahre in der alten BRD stets bei 7 %. Die Kosten durch Umweltschäden und ihre Vermeidung und Beseitigung erreichten zur Mitte der 80er Jahre eine enorme Höhe. [55]

Während die DDR zum Teil ihren relativ „überhöhten” konsumtiven zivilen und militärischen Verbrauch durch nachlassende produktive Netto-Investitionen, Unterreproduktion in manchen Wirtschaftszweigen („Raubbau an der Substanz“) und flächenhaft katastrophale Vernachlässigung der Umwelt „überspielte”, stellt sich die BRD von vornherein als ein mit wachsenden staatlichen Schulden finanziertes Gesellschaftssystem dar, das in wirklich enormen Umfang mittels *Vorgriffs* auf die Erträge und Einkommen künftiger Jahre einen disproportionalen Investitionsprozess und eine akute Umweltkrise vermeiden konnte und somit „blendende Schaufenster und Fassaden” *im Kontrast* zur DDR errichtete.

1989 beliefen sich die öffentlichen BRD-Staatsschulden auf 923,5 Mrd. DM und waren damit – hier folgt ein unüblicher Vergleich, der eine neue Aussage erlaubt - *mehr als doppelt* so hoch wie die gesamten Netto-Auslandsguthaben *der BRD-Wirtschaft:* Der Saldo von Staatsschulden und ausländischen Guthaben der BRD-Wirtschaft betrug bei konvertibler Währung insgesamt -496,7 Mrd. DM. Daran kann man ermessen, wie sehr auch der alte BRD-Staat - aus der Sicht *neoliberaler* Kritiker - zuvor „auf Kosten künftiger Generationen“ gelebt hat: Obiger Negativ-Saldo beträgt immerhin 22,2 % des Bruttoinlandprodukts zu Marktpreisen für 1989.

Ausländische Anleger hielten 1990 DM-Forderungen gegenüber den öffentlichen Institutionen in der BRD in Höhe von 220 Mrd. DM, [56] die als rein *fiskalische Brutto-Auslandschulden* [57] zu werten sind. Saldiert mit den Guthaben ausländischer Notenbanken und

internationaler Institutionen bei der Bundesbank, belief sich die so errechnete Netto-*Auslands*verschuldung auf 168,5 Mrd. DM, d.h. pro Kopf auf 2700,- DM. Diese fiskalische Verschuldung gegenüber dem Ausland betrug 164 % im Vergleich zur analogen Pro-Kopf-Devisenverschuldung der DDR.

Bei einer derartigen inneren und äußeren Verschuldung gründete der Erfolg des Marktwirtschaftsystems der BRD erheblich auf „Vorgriffsverzehr" der Erträge von den nachfolgenden Zeiträumen auch der Folgegeneration. Trotz der westdeutschen öffentlichen Verschuldung war im Zeitraum 1980 bis 1989 der BIP-Zuwachs der BRD mit 119 % *niedriger* als in der „maroden" DDR mit 127 % (Preisbasis 1995). [58]

Der Historiker *Dieter Grosser* räumte 1998 ein: „Die Lage der westdeutschen Wirtschaft am Vorabend der Wiedervereinigung 1990 war somit ambivalent. Einerseits ging es ihr glänzend. Andrerseits war zu befürchten, dass der Glanz schnell wieder verblassen und die nächste Rezession die Innovations- und Anpassungsschwächen erneut bloßlegen würde." [59]

4. Fazit zur Endlage der DDR-Wirtschaft

Siegfried Wenzel verweist auf die Gewichtung der historischen Bedingungen, unter denen die Ostdeutschen nach 1945 ihre wirtschaftlichen Leistungen erbracht hatten, gleich „welche Mängel dem realsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem angelastet werden können." [60] Zum letzteren Aspekt sei ergänzend auch auf meine knappe Studie zur „Mangelwirtschaft der DDR" verwiesen. [61]

Rückblickend auf die Nachkriegsentwicklung in Ostdeutschland wird erkennbar, dass der ökonomische Kahlschlag durch die enorm hohen Reparationen sowie die hohen spürbaren Verluste aus der offenen Grenze bis Mitte 1961, die während der ersten 15 Jahre nach dem Kriegsende zu tragen waren, eine lange wirkende *Basis* für den „nachhinkenden" bzw. chronischen Produktivitäts- und Altersrückstand des DDR-Kapitalstocks (im Vergleich zu Westdeutschland) bildeten. [62]

Am Ende fehlte die Zeit von 1945 bis 1961 für eine branchenmäßig und wirtschaftszweiglich ausgewogene, d. h. „normale" Reproduktion des Anlagekapitals bei rasch wachsender Arbeitsproduktivität, jene 15 Jahre mit ihren relativ zu hohen substanziellen Verlusten durch Reparationen und einer Auszehrung durch die offene Westgrenze. Infolge einiger spezifischer Faktoren der Folgezeit sowie auch der Zwänge des RGW und der enormen Lasten des Kalten Krieges zwischen den Systemen konnte der relative große Anfangsrückstand in der Produktivität aus der Periode vor 1961 später mittels der in der DDR betriebenen Modernisierung von Industrieanlagen sowie im Wohnungsbau *objektiv* nicht mehr hinreichend aufgeholt oder sogar ausgeglichen werden.

Die *Arbeitsproduktivität* im Verarbeitenden Gewerbe der DDR erreichte 1989 pro Erwerbstätigen nur 34 % des westdeutschen Niveaus; in der Volkswirtschaft insgesamt lag die BIP-Leistung je Erwerbstätigen bei 45 %. [63] (Dem entsprach auch ein analog höherer Energieverbrauch für die Produktionsleistungen.) *Damit war letztlich die politische Absicht der DDR-Führung unmöglich geworden, den Realsozialismus in Deutschland historisch endgültig zu etablieren, dessen Sieg bekanntlich nach Lenin an eine höhere Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Kapitalismus gebunden war.*

Der relative DDR-Rückstand in der gesellschaftlichen *Produktivität* nahm nach 1985 (gegenüber Westdeutschland) zuletzt nicht weiter ab, was auch auf exogene und endogene Hemmungen der Wirtschaftseffizienz sowie Fehlleistungen hinweist. Dennoch kann von echter wirtschaftlicher *Stagnation* der DDR auch im *letzten Jahrzehnt* überhaupt keine Rede sein. *Die BIP-Wachstums- und Investitionsraten in der alten BRD lagen im letzten*

Zehnjahres-Durchschnitt keineswegs höher, sondern niedriger. (Siehe Punkt 1.1 + 1.2)

Die Devisen-Schuldenquote der DDR (als Anteil der Nettoverschuldung an den Exporterlösen in konvertibler Währung) war 1989 jedenfalls nicht halb so hoch wie die Bulgariens, etwas über ein Drittel der von Ungarn und weniger als ein Fünftel der von Polen.[64]

Eine fatalistische Ausweglosigkeit in der *West*verschuldung gab es insofern auch für die Ex-DDR nicht, denn sie war hauptsächlich bei privaten Banken des Auslands verschuldet. (Ähnliches zeigte dann auch später die westliche Kreditpolitik gegenüber Russland unter Jelzin.)

Die DDR-Wirtschaft war zwar 1989 in anwachsenden Disproportionalitäten und Schwierigkeiten, stand aber keineswegs vor ihrem bevorstehenden inneren ökonomischen Zusammenbruch. [65] Es zeigten sich anhaltende Schwächen der Ökonomie, wie z. B. gesundheitsbelastende und flächendeckende Umweltverschmutzungen in Ballungszentren, stark vernachlässigte Bereiche der Infrastruktur, zu schwache Preisdurchsetzungs- und Innovationskraft der Exportwirtschaft, evidente chronische Zweigstrukturmängel bei z. T. fehlerhafte Strukturpolitik, zuletzt zurückgehende Netto-Investitionsraten in mehreren der produzierenden Branchen und latente sowie zeitweilig akute Probleme in der Tilgung für Devisenschulden im West-Außenhandel. Die DDR-Führung lavierte zuletzt zwischen den enormen Zwängen aus dem Westexport und ebenso denen aus dem RGW – das im Inland noch verfügbare jährliche Volkseinkommen ging infolge der Außenbeziehungen auffallend in *Milliarden*-Größenordnungen zurück. [66]

Es wurde einerseits beim Kapitalstock mancher Wirtschaftszweige Überalterung oder Unterreproduktion zugelassen, zu Gunsten von andrerseits auch eindrucksvollen Aufbau- und Entwicklungsleistungen im RGW-Rahmen bevorzugt entwickelter Wirtschaftszweige in über 40 Jahren DDR-Zeit.

Eine schroffe Korrektur der Wirtschafts- und Einkommenspolitik der DDR zeichnete sich zu Ende 1989 jedoch zu Lasten des Massenverbrauchs als letztlich unvermeidlich ab. Die DDR hatte viel zu lange über ihre von der Außenwirtschaft *stark negativ beeinflussten* Leistungsverhältnisse gelebt. Nicht zuletzt zeigte sich die DDR (als integrierter Teil des Warschauer Militärpaktes) als politischer Verlierer im Kalten Krieg gegen die NATO.

Die innere Auflösung der DDR wurde durch ihre politische Destabilisierung eingeleitet, die mit der „unvoraussehbaren" Maueröffnung zum machtpolitischen Ende der SED-Herrschaft führte, das allerdings durch den zu großen volkswirtschaftlichen Produktivitätsrückstand gegenüber Westdeutschland eine immense Beschleunigung erfuhr. Jedenfalls wirkte die qualitativ gegenüber der alten BRD unterlegene und zuvor auch z. T. fehlgesteuerte Ökonomie auf die politische Krise der DDR-Führung 1989 stark verschärfend zurück.

Die Bedingungen für eine zunehmende Desintegration der DDR-Wirtschaft reiften jedoch erst nach der Maueröffnung Ende 1989 rasch heran, in der sich die komplexe Systemkrise der SED-Herrschaft entladen hatte. Ausdruck und Schubkraft der Systemkrise der DDR-Gesellschaft 1990 wurde die vollzogene Währungsunion. Allein im Juli 1990 (mit Beginn der Währungsunion) sank die Industrieproduktion um 30 %-Punkte (!) weiter ab und landete bei 56,3 % im Vergleich zum Dezember 1989, um dann noch weiter abzusinken.

Man muss jedoch den bekannten Tatsachen der verfehlten Transformationsökonomie Ost sachlich gerecht werden. [67] Dazu gehören auch schwerwiegende wirtschaftspolitischen Fehler seitens der Bundesregierung anfangs der administrierten Vereinigungsökonomie, die oft noch wortreich bagatellisiert oder als unvermeidlich hingestellt werden. Doch Tatsachen bleiben ein hartnäckig Ding: Der Aufwertungsschock der Währungsumstellung 1990, in Verbindung mit der Okkupation des Binnenmarktes (durch westdeutsche Konzerne und Kaufhausketten) und dem Aushöhlen und dann auch Wegbrechen des östlichen Außenmarktes ab 1991,

bedeutete den Todesstoß für viele DDR-Kombinate und Betriebe.

Währungsschock und Aufgabe der Wechselkurshoheit im Zuge der Währungsunion führten zum plötzlichen radikalen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie. Generelle Praxis und Fehler der Treuhandanstalt haben diesen Effekt dann verstärkt bzw. bis zur radikalen Deindustrialisierung vertieft und danach ein *angleichendes* Aufholen strukturpolitisch nicht ausreichend abgesichert.

Der volkswirtschaftliche Aufholprozess Ost/West der ostdeutschen Unterentwicklungsregion ist seit 1995/1996 abgebrochen und inzwischen nicht wieder insgesamt vorangekommen. Es scheint, dass damit das Urteil der Geschichte über die Qualität der Vereinigungspolitik bereits gefällt wurde. *„Seit der Wiedervereinigung fiel das durchschnittliche Wachstum der deutschen Wirtschaft deutlich niedriger aus und lag im Schnitt der letzten zehn Jahre nur noch bei 1,3 % pro Jahr“*, teilte das Statistische Bundesamt am 5.9.2006 mit. Dies hat, nach dem anfänglichen *Vereinigungsboom* der westdeutschen Wirtschaft, weniger mit der angeblich „maroden DDR“ als vielmehr mit den Nachwirkungen der Fehler der *Vereinigungsökonomie* zu tun.

Kurze Literaturauswahl:

- Blessing, Karl u. a. , „Die Schulden des Westens“ 3. Auflage 2006
- Bollinger, Stefan (Hrsg.), „Das letzte Jahr der DDR“, dietz Berlin 2004
- Grosser, Dieter, „Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ DVA 1998, Reihe Geschichte der Deutschen Einheit
- Heske, Gerhard, „Gesamtrechnung Ostdeutschland“, Supplement No. 17 des Zentrums für historische Sozialforschung (2005)
- IWH, „Herausforderung Ostdeutschland“, Analytika 1995
- Kusch, Günter u. a. , „Schlussbilanz – DDR“ Duncker & Humblot , 1991
- Steiner, André, „Von Plan zu Plan“, DVA 2004
- Wenzel, Siegfried, „Plan und Wirklichkeit“, Scripta Mercaturae Verlag 1998

1 Siehe auch: „Wirtschaft auf einen Blick“, 1988, Bank-Verlag Köln, Seite 116 (Schaubild)
2 G. Heske, S. 53
3 G. Heske, S. 52
4 Stat. Bundesamt, Mitteilung vom 5.9.2006
5 G. Heske, S. 52
6 G. Heske, S. 58
7 G. Heske, S. 54/55
8 G. Heske, S. 57
9 „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ 1997/2, S. 66
10 BMWI, „Wirtschaft in Zahlen ´95“, S. 47
11 Quelle: „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte” 1997/2, Akademie-Verlag, S. 65
12 BMWi, „Wirtschaft in Zahlen ´95“, S. 48
13 „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ 1997/2, S. 78
14 G. Heske, S. 58/59 .
15 BMWi, „Wirtschaft in Zahlen ´95“, S. 46
16 Ferner widerlegen die Daten die Aussage, dass sich das physische Volumen der Investitionen zwischen 1970 und 1989 nicht mehr deutlich entwickelt hätte.
17 Vergl. hierzu: Sinn/Sinn, „Kaltstart“, 3. Auflage 1993, S. 270, 277
18 Nach statistischen Angaben betrug das westdeutsche Volkseinkommen **1989** 1.892 Mrd. DM, die Bruttoinvestitionen betrugen 464,5 Mrd. DM und die Abschreibungen 279,5 Mrd. DM. Daraus ergeben sich Nettoinvestitionen von 185,0 Mrd. DM oder eine Netto-Investitionsquote (am VE) von **9,8** %.(Siehe: BMWI, „Wirtschaft in Zahlen ´95“, S. 25, 41, 46)
19 Niedrigere Abschreibungssätze in der DDR (im Vergleich zur BRD) führten statistisch zunächst auch zu einem niedrigeren BIP, blieben aber ohne Einfluss auf das Volumen des Volkseinkommens.
20 Kusch u. a., „Schlussbilanz“ S. 19
21 „Am Ende des realen Sozialismus“, Bd. 2, S. 11, Buchreihe
22 IWH, S. 42
23 „Am Ende des realen Sozialismus“, Bd. 2, S. 14
24 „Schlußbilanz“ , S. 55
25 „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ 1995/2, Akademie-Verlag, S. 67
26 Vergl. hierzu in: Bollinger, Stefan, „Das letzte Jahr der DDR“, S. 97, Fußnote 54
27 Bundesbank, Monatsberichtsbericht März 1997, S. 18
28 Quelle: „Am Ende des realen Sozialismus“, Bd. 2, S. 60/61
29 Buchreihe „Am Ende ...“, Bd. 2, S. 60
30 („horizont INTERNATIONAL” 8/1990, S. 53)
31 G. Heske, S. 72
32 Herta König, Alexander Schalck „Standpunkt zur voraussichtlichen Entwicklung der Zahlungsbilanz NSW 1988 bis 1990 und der NSW-Verschuldung“, vom 16.10.1987, Papier für Günter Mittag (Kopie des Manuskripts)
33 Deutsche Bank, „Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989“, Sonderdruck August 1999, S. 58
34 „Die Zeit” Nr. 46/1991, S. 11
35 „Ansichten zur Geschichte der DDR“, Bd. 6, S. 392
36 So z. B.: Deutsche Bundesbank, „Die Zahlungsbilanz der DDR von 1975 bis 1989“, Sonderdruck 1999
37 Uwe Müller, „Supergau Deutsche Einheit“, 3. Auflage 2006, S. 67
38 Volze, Armin, in: „Am Ende des realen Sozialismus“, Bd. 4, Buchreihe, S. 151
39 Steiner, André, S. 225
40 Kusch u. a. „Schlussbilanz“ , S. 21
41 Knyschewskij, „Moskaus Beute“, 1995, S. 40/41
42 Siegfried Wenzel, „Plan und Wirklichkeit“, 1998, S. 4
43 Die Schätzungen westdeutscher Historiker sind stark schwankend, die offiziellen DDR-Daten wurden nicht akzeptiert. Siehe: „Jahrbuch Wirtschaftsgeschichte“ 1995/2, S. 22 ff; sowie
Roesler, Jörg, „Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990“, Leipziger Universitätsverlag 2006, S. 46.
44 G. Heske, S. 67
45 „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ 1995/2, S. 67
46 So z. B. führt *Albrecht Ritschl* aus, dass „durch die ungleiche Verteilung der Flüchtlingsströme“ „der Westen mit einer Bevölkerungszunahme belastet“ war, „welche die Vorteile des besser erhaltenen

Produktionsapparates aufwog“ und daher „geht der Hinweis auf den durch die Demontagen ausgeübten Niveaueffekt fehl.“(!) A. Ritschl, in:„Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ 1995/2, S. 21/22

47 Vergl. hierzu: Karlsch/Laufer (Hrsg.), „Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949), Dunker & Humblot, Berlin 2002, S. 26

48 Roesler, Jörg, „Momente …“, S. 46

49 Nach Schätzungen lagen die Verluste durch die offene Westgrenze bei 100 Mrd. DM. (Burmester, Siegfried in: „Ansichten zur Geschichte der DDR“, Bd. 6, S. 173)

50 Siegfried Wenzel, „Plan und Wirklichkeit“, S. 104 u. 87

51 Hrsg. „Deutschlandhandbuch“, Hauser 1989, S. 645

52 Siegfried Wenzel, S. 91

53 Siehe dazu: „Am Ende des realen Sozialismus“, Bd. 2, S. 14

54 Mitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 5.9.2006

55 So z. B. stiegen die westdeutschen Luftemissionen zwischen 1960 und 1980 von 568,1 Million t auf 817,7 Millionen t , d.h. auf 144 % an. („Zahlenkompass“ 1999, S. 90) Zwischen 1975 und Anfang der 90er Jahre verdoppelte sich das Bruttoanlagevermögen für den Umweltschutz des westdeutschen Staates und wuchs beim Produzierenden Gewerbe auf das Zweieinhalbfache. („Zahlenkompass“ 1995, S. 78) Die vorhandnen Altlasten wurden auf einen westdeutschen Altlastenbestand mit Finanzierungsaufwand von insgesamt ca. 41 Mrd. DM (1989) geschätzt. (Siehe:Bundesdrucksache Nr.11/6191, S. 184)

56 Quelle: http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?func=row&tr=bq1715

57 Diese fiskalischen Schulden des deutschen Staates 1990 sind nicht saldierfähig gegen *private* Netto-Auslands*guthaben* der deutschen Wirtschaft (1990) insgesamt, weil der Fiskus sich durch letztere nicht entlasten kann.

58 Nach G. Heske, S. 51

59 Grosser, Dieter, S. 69

60 Siegfried Wenzel, „Plan und Wirklichkeit“, 1998, S. 15

61 Karl Mai, „Zur Mangelwirtschaft der DDR – Versuch einer systemtheoretischen Nachbetrachtung“, Manuskript in: www.memo.uni-bremen.de/docs/m2406.pdf

62 Siehe auch: Klaus Blessing u. a. „Die Schulden des Westens“, 3. Auflage 2006

63 G. Heske, S. 66/67

64 Siehe: Nach Angaben der Commerzbank in: horizont INTERNATIONAL“, 8/1990, S. 53

65 Siehe auch dazu die fundamentale Analyse von *Klaus Steinitz* in: Bollinger, Stefan, S. 70 ff.

66 Kusch u.a., S. 19

67 Siehe auch: Fritz Vilmar (Hrsg.) „Zehn Jahre Vereinigungspolitik“, trafo Verlag 2000